

MITTEILUNGEN AUS DEM MK

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,*

im § 2 unseres Schulgesetzes, der einstimmig von allen im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien beschlossen wurde, ist der Bildungsauftrag unserer Schulen festgelegt. Wenn dort von der Achtung der Grundrechte jedes Menschen, von Toleranz, Gleichberechtigung und Völkerverständigung die Rede ist, sind das keine Floskeln. Jede Schule ist diesem Auftrag verpflichtet. Grundsätzlich gehört dazu die Pflicht zu parteipolitischer Neutralität. Aber ein demokratisches Staatswesen muss extremistischen Strömungen in jeder Form mit Entschlossenheit entgegenreten. Dabei dürfen wir weder blind noch einäugig sein. Auch Linksextremisten und religiöse Fanatiker sind eine stetige Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen. Die Erfahrung lehrt uns aber auch, dass gerade in Zeiten vor Wahlen die Aktivitäten und Umtriebe von Rechtsextremisten zunehmen.



Leider ist Rechtsextremismus unter Jugendlichen mehr als ein Randproblem. Er ist nicht auf überschaubare Kleingruppen und einzelne Täter beschränkt. Vielmehr verbreitet er sich als ideologisch differenzierte Jugendkultur in Teilen unserer jungen Generation. Eine vielfach eher wegschauende, tolerierende oder gar unterstützenden Erwachsenenwelt trägt dazu bei. Denn heute sind Neonazis nicht mehr so einfach an Springerstiefeln und Bomberjacken, an Glatzen oder auch an dumpfen Parolen zu erkennen. Vielmehr geben sie sich oft sogar einen intellektuellen Anstrich, geben sich als Anwälte für Jugendprobleme aus und nutzen die modernen Medien und Kommunikationswege junger Leute, um ihre gefährliche Saat zu verbreiten.

Das mahnt uns zu besonderer Wachsamkeit. Es mahnt uns zu Zivilcourage und engagiertem Einstehen für die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Wir müssen die Auseinandersetzung mit allen annehmen, die auch heute noch die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, verklären oder gar verherrlichen, mit allen, die Hass gegen Fremde und Minderheiten säen. Lehrerinnen und Lehrer sowie alle, die in irgendeiner Form pädagogische Arbeit leisten, sind gefordert. Helfen Sie mit Ihrem Engagement auch weiterhin, dass Demokratie von unten wächst und rechtsextreme Strömungen keine Chance haben. Die Landesregierung bietet dabei vielfältige Unterstützung an. Wir waren bisher bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht untätig, und wir werden es auch in Zukunft nicht sein. Wir haben zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, beispielsweise Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in Brennpunktregionen. Dabei haben Fachleute des Verfassungsschutzes Lehrkräfte und weitere Interessierte praxisorientiert geschult. Diese Veranstaltungen hatten insgesamt mehrere hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die jetzt in ihren Schulen und Einrichtungen als Multiplikatoren wirken.

Darüber hinaus ist das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz seit Jahren im Bereich der Schülerbildung aktiv und führt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“ durch. Seit Mai 2005 läuft unsere Aufklärungskampagne in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Jeweils zwischen 80 und 140 Lehrkräfte der Schulen in der jeweiligen Umgebung des Veranstaltungsorts haben an Nachmittagsveranstaltungen mit dem Ziel, über den Rechtsextremismus im Internet und in der Musik-Szene zu informieren, teilgenommen. Dazu wurde jeweils eine ausgezeichnete Info-Broschüre des Weser-Kuriers kostenlos an die Lehrkräfte verteilt, in der über die rechtsextremen Personen und ihre Aktivitäten in Bremen und Niedersachsen berichtet wird. Das Material ist auch gut im Unterricht zu verwenden. Schon 2004 hatten wir eine CD-ROM der Bundeszentrale für politische Bildung mit Unterrichtsmaterial an alle Schulen der Sekundarbereiche I und II verschickt. Im März 2006 haben die Polizeibehörden bundesweit die Kampagne „Wölfe im Schafspelz“ gestartet: Jede Schule der Sekundarbereiche I und II ist mit einer Spielfilm-CD und

Begleitmaterial versorgt worden. Das Niedersächsische Kultusministerium und die Landesschulbehörde haben diese Kampagne unterstützt. Auf dem Niedersächsischen Bildungsserver (NiBiS) unter der Internetadresse www.nibis.de kann auf ein Lernarchiv zum Thema Rechtsextremismus zugegriffen werden, das Hintergrundmaterial, Unterrichtseinheiten, sowie zahlreiche Hinweise und weiterführende Links enthält. Über die Landesschulbehörde können Gesprächskreise vor allem in regionalen Brennpunkten organisiert werden, damit die Betroffenen zueinander finden. Das erfolgreiche Projekt Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, ab diesem Monat im Niedersächsischen Kultusministerium angesiedelt, ist eine gute Möglichkeit, sich als Schule gegen Ausgrenzungen jeder Art zu engagieren. 63 Schulen in Niedersachsen tragen bereits den Titel als Auszeichnung. Damit liegen wir im Bundesvergleich an zweiter Stelle. Auch im Rahmen des Schülerfriedenspreises der Landesregierung können sich Schulen und Schülergruppen auszeichnen. Es gehört zu den Aufgaben des im Niedersächsischen Kultusministerium angesiedelten Koordinators für politische Bildung, diese vielfältigen Angebote vor allem für die Schulen sichtbar und nutzbar zu machen. Gerade in der Vielfalt und der Unterschiedlichkeit der Angebote liegt die Stärke.

Entscheidend ist, dass vor allem die Lehrkräfte erkennen, wie virulent das Problem an ihrer Schule ist und sich zum Gegensteuern entschließen. Denn das wirkt und dafür haben wir positive Beispiele in Dörverden, in Tostedt, im Bremer Umland und in Delmenhorst, wo ein rechtsextremistisches Schulungszentrum verhindert werden konnte. Die CD-Verteilaktion der Rechtsextremisten auf den Schulhöfen ist 2005 in Niedersachsen gescheitert. Wir hatten die Schulen rechtzeitig gewarnt. Jetzt gibt es Ankündigungen zur Verteilung so genannter „Schülerzeitungen“ auf Schulhöfen oder in der Umgebung von Schulen. Auch dabei besteht der Verdacht einer schweren Jugendgefährdung und somit einer Straftat nach dem Jugendschutzgesetz. Danach macht sich strafbar, wer jugendgefährdende Medien, die offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden, anbietet, überlässt, zugänglich macht, ausstellt, anschlügt, vorführt, einführt, ankündigt oder anpreist. In Dresden sind bereits 150 Exemplare einer solchen Zeitschrift beschlagnahmt worden, und die dortige Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz eröffnet. Schulen sollten unverzüglich die Polizei informieren, wenn Anhaltspunkte für eine Verteilung rechtsextremistischer Materialien in oder vor der Schule vorliegen. Unabhängig von der strafrechtlichen Relevanz sind solche Verteilaktionen in der Schule ohnehin durch die Schulleitung zu verbieten. Da möglicherweise auch andere Treffpunkte von Jugendlichen für solche Verteilaktionen in Frage kommen, sollten die Polizeidienststellen auch informiert werden, wenn Hinweise darauf bekannt werden. Bitte thematisieren Sie die Problematik aus gegebenem Anlass auch im Unterricht.

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz besonders auf die Gedenkstättenarbeit hinweisen. Sie ist nicht nur Teil der Aufarbeitung des Vergangenen, sondern gerade ein wesentlicher Bestandteil präventiver Arbeit gegen menschenverachtenden Extremismus. Die Gedenkstätten in Sandbostel, in Esterwegen und vor allem in Bergen-Belsen werden gerade ausgebaut und neu gestaltet. Am 28. Oktober 2007 wollen wir das neue Dokumentationszentrum in Bergen-Belsen eröffnen. Für jeden niedersächsischen Schüler sollte es selbstverständlich sein, wenigstens einmal während seiner Schulzeit dort gewesen zu sein.

Unsere Schulen können und sollen zu Bildungszentren gegen Rechts und alle anderen Formen des Extremismus werden, und das nicht nur, wenn sie an speziellen Projekten teilnehmen, sondern auch bei der täglichen Unterrichtsarbeit. Sie vermitteln die Wertvorstellungen der Grund- und Menschenrechte. Sie erziehen zu Friedfertigkeit, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichberechtigung der Geschlechter und Völkerverständigung. Die Bekämpfung des antidemokratischen Extremismus ist eine ständige Daueraufgabe, der wir alle uns täglich stellen müssen. Dabei vertraue ich auf Ihre tatkräftige Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Busemann
Niedersächsischer Kultusminister